

## Protokoll Fachgespräch „Verantwortungsvolle Suchtpolitik“ – 23. September 2020 –

Am 23.09.2020 lud Josha Frey im Namen der Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg zum Fachgespräch „Verantwortungsvolle Suchtpolitik“ ein.

Suchtmittel sind für viele zugleich Genussmittel. Der gesetzliche Umgang mit diesen Themen ist stark polarisierend. Die Politik hat hier die schwierige Aufgabe, einen Rahmen setzen zu müssen, welche den Spagat zwischen Freiheit des Einzelnen und Begrenzung der damit eventuell verbundenen Risiken gewährleistet.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden insbesondere vier Aspekte in den Blick genommen: Alkoholkonsum, Cannabiskonsum, Drugchecking und Nichtraucherchutz.

Gemeinsam wurde diskutiert wie eine verantwortungsvolle Suchtpolitik gestaltet werden kann und Impulse entlang der Referenten- und Teilnehmerbeiträge gesammelt.

### 1. **Alkohol** – Referentin: Christa Niemeier, Referentin für Suchtfragen und Prävention, Landesstelle für Suchtfragen

Frau Niemeier stellt folgende Herausforderungen fest:

- Nach wie vor bestehen erhebliche negative Auswirkungen des Alkoholkonsums, die nicht zuletzt monetäre Kosten haben (siehe hierzu Folien)
- Das Verhältnis zwischen Ausgaben für Alkoholwerbung und Prävention ist extrem ungleichmäßig
- Die Reduzierung des Alkoholkonsums wurde in den Gesundheitszielen des Landes aufgenommen (Ziel nr. 5 „Reduzierung des Konsums legaler Suchtmittel“ sowie „Folgeschäden vermeiden oder messbar reduzieren“), jedoch fehlt es an einer erkennbaren Strategie zur Umsetzung dieses Ziels. Eine kohärente Präventionspolitik ist nicht vorhanden; auch Frühintervention- und Erkennung im medizinischen Sektor fehlen.
- Aktuell bewegt sich der öffentliche Diskurs bzgl. des Alkoholkonsum eher im Bereich der Manipulation und Polarisierung

### Vorgeschlagene Impulse für eine verantwortungsvolle Suchtpolitik:

- Erarbeitung eines **Landessuchtberichtes**, der alle wichtigen suchtbearbeiteten Daten zusammenträgt, um eine klare Faktenlage zu schaffen und Handlungsbedarf besser zu identifizieren
- Umdenken: Alkoholkonsum als **gesundheitpolitisches Anliegen** betrachten. Die Public-Health Sicht müsste in den Vordergrund rücken
- **Konsequenterer Jugendschutz**: Schaffung einer größeren Verbindlichkeit der Auslegung und größeren Klarheit, wie Jugendschutzmaßnahmen umzusetzen sind. Kein Alkohol unter 18 Jahren
- **Stärkung und Verbesserung der Präventionsmaßnahmen**
  - Regelmäßige **Alkoholprävention gezielt für bekannte Risikogruppen** einsetzen:
    - schädlich konsumierende aller Altersstufen
    - Kinder suchtkranker Eltern

- **Kohärente Alkoholprävention** in allen Lebenswelten und Institutionen und in jeder Altersstufe
  - Screenings im Gesundheitssystem (**Früherkennung**): besonders wichtig gegen Arbeitsplatzverlust und Folgeschäden.
  - Stärkung einer **lokalen Alkoholpolitik** (in der Schweiz können beispielweise Gemeinden von Fachinstituten begleitet werden)
  - **„Prevention in all policies“** für BW: alle Ministerien müssen den Präventionsgedanke aufnehmen; und es braucht eine klare Definition, bei welchem Ministerium die Steuerungspolitik liegen muss. Dabei müssen Interessenskonflikte vermieden werden. Frau Niemeier fordert eine Federführung des Sozialministeriums.
  - Bildung einer **Strategiegruppe für Alkoholprävention**. Bisher gibt es kein verbindliches Arbeitsgremium, nur Berichtsgremien
- **Konsumsteuerung:**
- Über die Preispolitik: Steuer auf Alkoholprodukte erhöhen (seit 30 Jahren keine Steuererhöhung, aktuell keine Alkoholsteuer auf Wein)
  - Keine Werbung für Alkohol
  - Verkaufsbegrenzungen (z.B. nächtl. Alkoholverkaufsverbot, lizenzierter Einzelhandel)

## 2. **Cannabis** – Referent: Prof. Dr. Volker Auwärter, Laborleiter Forensische Toxikologie, Universitätsklinikum Freiburg

Prof. Dr. Auwärter stellt folgende Herausforderungen fest:

- Die aktuelle Drogenpolitik ist nicht wissenschaftsbasiert. Es besteht eine verzerrte Einschätzung der Gefährlichkeit von Cannabis und eine Tendenz zu Verteufelung einerseits und Verharmlosung andererseits. Dies verhindert einen zielgerichteten und rationaleren Umgang mit den tatsächlichen Risiken bei gleichzeitigen hohen Kosten der unverhältnismäßigen Kriminalisierung (siehe hierzu Landtagsdrucksache \*\*)
- Undifferenziertes Verbot: Cannabis weist eine Vielfalt an Wirkstoffen auf und eine hohe Variabilität der Wirkung je nach Pflanze. In der Medizin werden Substanzen isoliert, und damit die Intensität der Wirkung kontrolliert. Bei illegalem Cannabis ist diese Kontrolle überhaupt nicht vorhanden.
- Dieser undifferenzierte Umgang schützt unzureichend die für die negativen Wirkungen besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen (Jugendliche, Personen mit psychischen Vorerkrankungen)
- Cannabis im Straßenverkehr: Unverhältnismäßigkeit der Handhabung von Cannabiskonsum durch die Polizei und Strafvollzugsbehörden im Vergleich zu anderen Stoffen.
  - Als Folge der wirkungsbedingten Defizite kann es zu schweren Unfällen kommen, diese sind aber relativ selten
  - Trennungsvermögen ist bei Cannabiskonsumenten größer: Cannabiskonsumenten nehmen ihre Beeinträchtigung selbstkritischer wahr als alkoholisierte Personen: ausreichender Zeitabstand zwischen Konsum und Straßenverkehrsteilnahme
  - Sanktionen dabei viel höher als bei Alkoholkonsum

- Riskantes Verhalten lässt sich nicht mit Verboten am effektivsten kontrollieren. Wirksamer ist die Möglichkeit einer informierten Entscheidung über die eingegangenen Konsumrisiken. Aufklärungsarbeit ist daher sehr wichtig, insbesondere bei Jugendlichen.
- Trotz Zustimmung zur Entkriminalisierung, auch Seitens der Polizeigewerkschaften und des Bund deutscher Kriminalbeamten, erfolgt keine gesetzliche Veränderung.

#### **Vorgeschlagene Impulse für eine verantwortungsvolle Suchtpolitik:**

- **Konsequente Entkriminalisierung** von Cannabis durch eine Novellierung des BtMG. Die aktuelle Regelung der „geringen Menge“ bietet keine Rechtsicherheit für KonsumentInnen.
- **Konsequenter Jugendschutz** und Aufklärungsarbeit über die Risiken des Konsums.
- Mittelfristig und je nach Ergebnisse der Erfahrung mit der Liberalisierung in anderen Ländern (bspw. Canada) kann eine **Liberalisierung** in Erwägung gezogen werden.

### **3. Drugchecking** – Referentinnen: Juliane Blanck und Nicole Lassmann, Projekt „Take“ von Release Stuttgart e.V.

Frau Blanck und Frau Lassman stellen folgende Herausforderungen fest:

- Neue psychoaktiven Substanzen verbreiten sich immer mehr. Das NPSG (Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz) schafft keine Abhilfe, sondern fördert sogar die Kreativität der Drogenhändler. Es fehlt an fundierten Daten.
- Trotz Unwissenheit über Substanzen wird konsumiert. Partydrogenkonsumenten werden deshalb z.T. hohen Gefahren ausgesetzt.

Merkmale und Vorteile von Drugchecking

- Interveniert, wenn Konsumententscheidung schon gefallen ist.
- Qualitativ und quantitative Analyse der Substanzen
- Wissenschaftlich fundiert Informationsweitergabe an KonsumentInnen und Beratung
- Wichtiger Beitrag zu Schadensminderung und Prävention:
  - Minderung der Gefahr von Überdosierung, Reduzierung der Unfälle durch Verwechslung, ermöglicht die informationsbasierte Entscheidung der Konsumenten
  - Gesteigertes Bewusstsein für Risiken von Drogenkonsum, individuell auf Person zugeschnitten.
  - Frühzeitige Intervention bei Menschen, um Entstehung von Suchtproblematiken vorzubeugen und Kontaktaufbau zwischen KonsumentInnen und Suchtberatung und Suchthilfe
- Monitoringfunktion: Beobachtung der Entwicklungen in der Szene.
- Hohe Akzeptanz bei der Zielgruppe

#### **Vorgeschlagene Impulse für eine verantwortungsvolle Suchtpolitik:**

- **Drugchecking** als wichtige Säule der Prävention in einer verantwortungsvollen Suchtpolitik **einführen und stärken**
- **Gesetzliche Grundlage** für Drugchecking schaffen, damit Projektmitarbeitenden sich nicht strafbar machen.

#### 4. **Nichtraucherschutz** – Referentin Dr. Katrin Schaller, Kommissarische Leiterin der Stabsstelle Krebsprävention des Krebsforschungszentrums Heidelberg

Wichtige Erkenntnisse der bisherigen Nichtraucherschutzgesetze:

- Auswirkungen auf den Tabakkonsum: senken den Anteil an Rauchenden, insbes. bei jungen Erwachsenen
- normativer Effekt: Rauchen in der Öffentlichkeit wurde denormalisiert. Wurde auf die Privatsphäre übertragen: Rauchen hat auch in Privathäusern und in Autos mit Kindern abgenommen.
- Minderung von Nachahmungseffekte
- Insgesamt deutlicher Rückgang der Tabakrauchbelastung und damit einhergehende reduzierte Passivrauchbelastung  
→ insgesamt gesteigerter Gesundheitsschutz (Reduktion von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, reduzierte tabakassoziierte Mortalität)
- Die Nichtraucherschutzgesetze finden eine große Zustimmung in der Bevölkerung, auch unter Rauchern.

Noch bestehende Herausforderungen:

- Weiterhin sind Menschen passivrauch ausgesetzt, insbesondere junge Menschen und Frauen.
- Passivrauchbelastung in Cafés/Bars/Restaurants immer noch hoch:
  - In vielen Bundesländern sind Raucherräumen noch erlaubt; Rauchen in Gaststätten ist nur in Bayern und NRW vollständig verboten
- E-Zigarette und weitere neuartige Rauchprodukte sind von Nichtraucherschutzgesetze teilweise nicht oder nur unklar erfasst.

#### **Vorgeschlagene Impulse für eine verantwortungsvolle Suchtpolitik**

- Bundesweit einheitliche, umfassende Nichtraucherschutzgesetze: **Ende der Ausnahmen für Gaststätten und Ende von Raucherräumen.**
- **Einbeziehung von neuartigen Produkten** in der Gesetzgebung (E-Zigarette, Tabakerhitzer)

#### 5. **Diskussion**

Aus der Diskussion ergaben sich weitere Impulse und Forderungen von den Teilnehmenden:

- Im Sinne einer verantwortungsvollen Politik müsse auch der Aspekt der Unternehmen und Akteure, die aus dem Verkauf von Suchtmitteln Profite erzielen, angesprochen werden.
- Thema stoffungebundene Süchte, hier Glücksspiel:
  - Rechtliche Voraussetzungen für die Kontrolle von Spielhallen durch Suchthilfe müssen geschaffen werden.
  - Forderung nach Mindestabstandsregeln zu Jugendeinrichtungen im LGlüG
- Prävention: Josha Frey betonte den Bedarf an einer gestärkten und flächendeckenden Präventionsarbeit. Dem pflichten mehrere Teilnehmende bei. Hierbei kamen folgende Aspekte zur Sprache:
  - Eine flächendeckende Prävention sei erst durch eine flächendeckende Schulsozialarbeit möglich, da die Belastung der Lehrkräfte sonst zu groß sei.
  - Besonders die Risikokompetenzen bei Jugendlichen sei zu stärken.

- Für eine flächendeckende Prävention müssten genügend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.